



Österreichischer
Gemeindebund

An das
Bundesministerium für
Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Per E-Mail: margarethe.grasser@bmask.gv.at
hansjoerg.hofer@bmask.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 11. Mai 2011
Zl. B,K-400/100511/HA

GZ: BMASK-40101/0002-IV/9/2011

**Betreff: BG, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das
Bundespflegegeldgesetz und das Bundesbehindertengesetz geändert
werden (Pflegegeldreformgesetz 2012)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich mitzuteilen, dass zu obig
angeführtem Gesetzesentwurf **folgende Stellungnahme** abgegeben wird:

Seitens des Österreichischen Gemeindebundes werden die geplanten
Verfassungsbestimmungen im Zusammenhang mit der Übertragung der
Gesetzgebungs- und Vollzugskompetenz von den Ländern auf den Bund
ausdrücklich begrüßt. Die dadurch gewährleistete einheitliche Vollzugspraxis und
die deutliche Reduzierung der Entscheidungsträger in Pflegegeldverfahren
bewirken im Sinne einer Verwaltungsreform Kosteneinsparung und
Bürokratieabbau.

Wie den finanziellen Erläuterungen des Entwurfes zu entnehmen ist, sollen die mit
den Ländern vereinbarten Kostenbeiträge für die Übernahme des
Landespflegegeldes durch den Bund mit einer Novelle zum



Finanzausgleichsgesetz 2008 in Form einer Kürzung der Ertragsanteile der Länder geregelt werden. Da dieser Gesetzesentwurf zum FAG 2008 jedoch noch nicht vorliegt und bezüglich des Ersatzes des Mehraufwandes des Bundes seitens der Länder alternative Vorschläge zur Diskussion stehen, wird vorgeschlagen, den Entwurf der FAG-Novelle und die im Zuge des Begutachtungsverfahrens dazu abgegebenen Stellungnahmen sowie insbesondere die Gegenvorschläge der Länder abzuwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:

Der Generalsekretär:

Hink e.h.

Dr. Robert Hink

Der Präsident:

Mödlhammer e.h.

Bgm. Helmut Mödlhammer

Ergeht zK an:

Alle Landesverbände

Die Mitglieder des Präsidiums

Büro Brüssel